

Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: Bródy, Ernst

m. Das Schicksal Budapests.

rás: Pester Lloyd Mbl

Bp

1923. 8. 17.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Osztályozás

Tárgy

308

Hely

Idő

"1923"

Személy

Helyszám

Das Schicksal Budapests.

Von Dr. Ernst Bródy.

Die autonome Tätigkeit der Hauptstadt, des ersten Municipiums des Landes, ist von allgemeinem Interesse. Budapest ist der Mittelpunkt des geistigen und wirtschaftlichen Lebens des Landes, vom finanziellen, kulturellen und sozialen Gesichtspunkt ist also das, was hier geschieht, für das ganze Land von allergrößter Bedeutung.

Seit Beginn des konstitutionellen Lebens hat sich die Hauptstadt rapid, in mächtigen Dimensionen entwickelt, seit der zu Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erfolgten Vereinigung der Ofner Stadtteile mit Pest ist Budapest zu einer modernen Hauptstadt gediehen. Staat und Gesellschaft haben in edlem Wettstreit das Gedeihen der Großstadt gefördert. Angesichts der kleinlichen Kämpfe, die im heutigen öffentlichen Leben toben, angesichts der Demagogie ungeduldiger Streber tut es wohl, der Selben schöpferischer Arbeit zu gedenken! Der providentielle Staatsmann von Gottes Gnaden, wie Deák ihn genannt: Graf Julius Andrássy, der erste ungarische Ministerpräsident, hatte eine besondere Vorliebe für unsere Stadt, deren Größe und Schönheit er durch verschiedene Institutionen gehoben hat. Er hat durch ein Gesetz die später nach ihm benannte Radialstraße ins Leben gerufen, sowie die „von der oberen bis zur unteren Donau die Stadt Pest durchschneidende große Ringstraße“. Der Apostel des ungarischen Handels: Gabriel v. Baross, hat durch die Einführung des Eisenbahn-Zonenverkehrs den Fremdenverkehr der Hauptstadt mächtig gehoben. Das phänomenale Finanzgenie: Alexander Becklerle, der dreimal Ministerpräsident gewesen, hat während seines Regimes jede Gelegenheit ergriffen, um das wirtschaftliche und soziale Leben der Hauptstadt nach Kräften zu fördern, unter anderem durch die praktische Verwirklichung des Grundsatzes, daß zur Zeit einer Wohnungsnot das Bauen Aufgabe des Staates bildet.

Über auch die Gesellschaft ist nicht untätig geblieben. Die durch die Gesetze von 1848 und 1867 befreite städtische Bürgerschaft, die ohne Rücksicht auf die Abstammung und Konfession der Segnungen der Rechtsgleichheit teilhaftig geworden war, hat sich mit größtem Eifer an die großartige Arbeit der Produktion gemacht. Nach und nach hat sich die Fabriksindustrie entwickelt und eine tüchtige industrielle Arbeiterschaft herangebildet. Im großen Dimensionen entwickelte sich der vaterländische Handel, die durch ihn geschaffenen internationalen

Verbindungen gereichten der ganzen Nation zum Wohle. Der Unternehmungsgeist schuf prächtige Werke. Budapest war in Europa die erste Stadt, die eine Untergrundbahn baute.

In dieser Epoche der Entwicklung hat die Stadt keine wirtschaftliche Tätigkeit entfaltet, denn damals herrschte die Ansicht, daß dies nicht zu ihren Aufgaben gehöre. Erst später, unter dem Einfluß der inzwischen gewonnenen Erfahrungen, hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß der Gewinn der monopolartigen, jede Konkurrenz ausschließenden, oder zur Preisregulierung berufenen gemeinnützigen städtischen Betriebe der Stadt selbst gebührt.

Und die Autonomie der Hauptstadt hat sich denn auch den zu lösenden großen Aufgaben angepaßt. Obgleich bis zu den letzten Jahren der Virilismus herrschte, hat die Vertretung der Hauptstadt dennoch dem öffentlichen gegenüber dem Privatinteresse Geltung verschafft. Die zur Hälfte aus Virilisten bestehende Stadtvertretung hat das große Kommunalisierungsprinzip verwirklicht und die nutzbringenden Betriebe von den Privatinteressenten übernommen, damit der Nutzen nicht einzelnen, sondern der Allgemeinheit zugute komme und die Stadt selbst die Möglichkeit habe, den Gewinn zum Besten aller zu fruktifizieren.

Der Krieg, die Revolution, die Proletariatsdiktatur haben leider diese dem Gemeinwohl geweihte Arbeit unterbrochen.

Das von der ersten Nationalversammlung ins Leben gebrachte Gesetz über die Neubildung des hauptstädtlichen Municipalausschusses verwirklicht wohl das wichtige Prinzip der Minoritätvertretung, enthält jedoch andererseits eine sehr ungerechte Bestimmung. Nach dem Gesetz sind alle Bezirke, ohne Rücksicht auf ihre Größe, in gleicher Stärke vertreten; der größte, bevölkerteste Bezirk, die Elisabethstadt, wählt ebensoviele Stadtrepräsentanten wie der kleinste Ofner Bezirk. Dieses System steht in schroffem Gegensatz zu dem Grundprinzip

Székesfővárosi házinyomda 1922

des Wahlrechts, nach dem die Vertretung im Verhältnis zu der Zahl der Bevölkerung stehen sollte.

Auf Grund dieses Gesetzes kam im Sommer 1920 der neue Municipalausschuß zustande, dessen Majorität seit nunmehr drei Jahren die Herrschaft innehat.

An Stelle der schöpferischen Arbeit ist das Toben entfesselter Leidenschaften getreten, die Taten wurden durch hohle Schlagwörter abgelöst. Verdienste werden nicht gewürdigt, statt objektiver Debatten gibt es häufig die wüsten Skandaliszenen.

Die Majorität der Stadtrepräsentanz hat die Rechte der Minorität durch eine staatsrechtliche Neuerung konfisziert, die beispiellos im konstitutionellen Leben Ungarns dasteht. Die Majorität hat nämlich ihre Herrschaft mit der Ausschließung der Minorität aus sämtlichen Kommissionen begonnen.

Jede Minorität muß naturgemäß damit rechnen, daß ihre Anträge von der Majorität verworfen werden. In einer verfassungsmäßigen Körperschaft werden jedoch alle Fragen, ehe die Generalversammlung zu ihnen Stellung nimmt, von den Vertretern aller Parteien gründlich besprochen. Eine erschöpfende, auf sämtliche Einzelheiten sich erstreckende Besprechung der vor die Generalversammlung gelangenden Angelegenheiten, ein gründliches Studium des Materials ist

nur in den Fachkommissionen möglich. Die jetzige Majorität hat jedoch, sich auf ihre Macht stützend, die Erfahrungen und Kenntnisse, über die die Minorität verfügt, planmäßig von den Beratungen ausgeschlossen.

Die Kandidationen zur Besetzung von Beamtenstellen erfolgen auf Grund eines alten Gesetzes, nach dem der Kandidationsausschuß diese Funktion ausüben hat. Solange dieses Gesetz geachtet wurde, ist es noch nie geschehen, daß ein Beamter, der sich in seiner Stelle bewährt und den Bestimmungen des Gesetzes entsprochen hat, nicht für seine alte Stelle kandidiert worden wäre. Die Majorität der Stadtrepräsentanz hat sich jedoch auch über diese Tradition hinweggesetzt, sie hat verdienstvolle Oberbeamte selbst für die Stellen, die sie bereits innehatten, nicht kandidiert, wodurch die Wahl der Betreffenden unmöglich gemacht wurde. Später änderte die Majorität ein wenig ihre Taktik: sie kandidierte wohl alle Beamte, wählte sie jedoch nicht. Dieses Vorgehen der Majorität ist nicht nur vom moralischen Gesichtspunkte sehr nachteilig, sondern bürdet auch durch die Pensionierung arbeitsfähiger Beamten dem kommunalen Haushalt überflüssige Lasten auf.

Auf volkswirtschaftlichem Gebiete herrscht unter dem jetzigen Regime die größte Stagnation. Die Frage der Verwaltung und Kontrolle der öffentlichen Betriebe harret seit Jahren ihrer Lösung, und die jetzige Majorität hätte es als ihre wichtigste Aufgabe betrachten sollen, eine derartige Lösung dieses Problems herbeizuführen, die außer der preisregulierenden Wirkung der Betriebe auch noch einen entsprechenden Gewinn der Stadt gesichert hätte. Soll ein derartiges Resultat erzielt werden, so müssen vor allem die Bureaucratie und die Parteilichkeit eliminiert werden. Allein die Tätigkeit der jetzigen Majorität erschöpfte sich in Willkürlichkeiten, in schändlichem Mißbrauch ihrer Macht und in leeren Reden, die nicht im Einklang mit ihren Taten standen. In der einen Woche hat die Majorität gegen die Steuererhöhung Stellung genommen, um in der nächsten Woche durch Erhöhung des Straßenbahnkariffs zur Steuererhöhung beizutragen.

Beseelt von dem Willen, an der Arbeit des Wiederaufbaus teilzunehmen, und durchdrungen von der Liebe zur Hauptstadt, war die Minorität, trotz des ihr widerfahrenen Unrechts, mit beispielloser Selbstverleugnung bestrebt, den allgemeinen Interessen zu dienen. Allein ihr dreijähriger Kampf blieb ohne Erfolg und sie sah sich schließlich zur Mandatsniederlegung gezwungen.

Es mögen nun endlich die Neuwahlen kommen!

In der Bevölkerung der Hauptstadt liegt es, bei diesen Wahlen das für das ganze Land bedeutungsvolle Schicksal der Hauptstadt zu entscheiden!